Italien nach dem 15. Juni

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **54 (1975)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339050

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rolf Reventlow

Italien nach dem 15. Juni

Die Wahlen zu Regional- und Gemeinderäten in Italien ergaben ein die katholische Democrazia Cristiana erschütterndes Resultat. Sie verlor – für ganz Italien gerechnet – 3,1 % der Stimmen, während die Kommunisten 5,1 % und die Sozialistische Partei 2,2 % hinzugewannen. Damit überflügelt die Christdemokratische Partei die Kommunisten um weniger als 2 %, eine bescheidene Differenz, die sich bis zu den nächsten Parlamentswahlen noch verringern oder gar in das Gegenteil umkehren kann. Die Erschütterung in politisch-katholischen Kreisen war naturgemäss stark und führte zum Sturz des bisherigen Vorsitzenden Amintore Fanfani. Er selbst hatte das Ausmass dieser Niederlage, und noch weniger ihre Ursachen, richtig begriffen. So liess er es zu dem Misstrauensvotum kommen, über das die Einigung im Nationalrat – einer Art Parteiausschuss – verhältnismässig leicht zustande kam. Viel schwieriger war bereits, einen Nachfolger zu bestimmen. Im Gegensatz zu den Kommunisten ist die Christdemokratische Partei keine einheitliche Organisation, sondern aufgespalten in sechs verschiedene Gruppen, die sich gesondert treffen, eigene Verlautbarungen herausgeben und nur bei Wahlen als eine Partei auftreten. Von den zwei linksorientierten Gruppen abgesehen, bestehen diese Strömungen mehr oder minder aus der Gefolgschaft des einen oder anderen Politikers. Ihr Zusammenhalt stellt sich in erster Linie durch gegenseitige Unterstützung bei Wahlkämpfen oder bei der Vergabe von Pfründen auf lokaler oder regionaler Ebene dar, ein schwer durchdringliches Dickicht. Nach langem Hin und Her einigte man sich auf den Abgeordneten Benigno Zaccagnini, einen Mann des kämpferischen Widerstandes gegen den Faschismus aus den Zeiten vor dem Kriegsende.

Doch die Person des Vorsitzenden auszuwechseln bedeutet wenig, wenn man sich nicht entschliesst, der Partei ein neues politisches Gesicht zu geben. Danach aber sieht es derzeit kaum aus. Man hat nicht die Kraft, sich aus dem Sumpf des, wie man es in Italien kennt, «Klientelismus» herauszuziehen oder gar jene Probleme in Angriff zu nehmen, die im Lande der Lösung harren. Währenddem hat sich in vielen Gemeinden und mancher der Regionen ein entscheidender Wandel vollzogen. Italiens Gemeinden werden von einer «Giunta» regiert, die sich aus den politischen Parteien zusammensetzt, die den Gemeinderat bilden und sich zu einer Art Koalition zusammenfinden. Durch viele Jahre hindurch versuchte die Christdemokratische Partei, den Grundsatz durchzusetzen, die Koalitionsparteien der Linke-Mitte-Regierungen müssten sich in jedem Dorf, in jeder Stadt oder gar in Provinzen und Regionen auf diese Koalitionsformel festlegen. Das war aber schon in der Vergangenheit schwierig.

In den Regionen Emilia-Romagna, Toscana und Umbrien waren die Kommunisten bereits vor der Wahl vom 15. Juni stärker als die Democrazia Cristiana. So kam hier, mit Hilfe der Sozialisten, jeweils eine linke Koalition zustande. Nunmehr aber, erklärte die Sozialistische Partei, könne man die KPI in Gemeinde, Provinz und Region nicht ausschalten, wo eine Mehrheit mit ihr herstellbar sei. Die linke Mitte jedenfalls sei tot, überlebt. Zwar toleriert die Sozialistische Partei nach wie vor die aus Christdemokraten und der – kleinen – Republikanischen Partei bestehende Koalition der Zentralregierung. Sie wird nicht gestürzt, kann nicht gestürzt werden, da hier die Mehrheitsverhältnisse noch die alten sind und zudem keine Einigung über die einzuschlagende Politik zu erzielen ist. Aber wie wird die Regierung aussehen, die nach den nächsten Parlamentswahlen zu bilden sein wird? Diese Frage wagt niemand offen zu beantworten.

Einstweilen aber ist die KPI auf dem Vormarsch in den Gemeinde-, Provinzial- und Regionalräten. Die grosse Industriestadt Turin hat bereits einen kommunistischen Bürgermeister, ebenso Genua und Florenz. In Mailand wurde der Sozialist Aniasi wiedergewählt, aber diesmal mit den Stimmen der Kommunisten. Nicht anders in Venedig, wo zehn der städtischen Referate von den Kommunisten und fünf von den Sozialisten besetzt wurden. Der Republikaner Giuseppe Galasso hat in Neapel das bittere Erbe der vordem allmächtigen Christdemokraten angetreten, mit leeren Kassen und ungefähr 140 000 Arbeitslosen im Stadtgebiet, ohne die sich bis Sorrent hinziehenden Vorstädte. Kurze Zeit nach der Wahl des Bürgermeister nahm die Strassenpolizei städtische Busse unter Strafe, weil sie ohne die vorgeschriebene Versicherungsmarke fuhren. Die Stadt hatte kein Geld mehr in den Kassen. Anders – auch das gibt es – in Apulien, wo die alte Mitte-Links-Koalition zustande kam. Diese «schleichende» Machtergreifung der Kommunisten stellt sozusagen die Vorbereitung zu dem vieldiskutierten aber noch ziemlich ungewissen «historischen Kompromiss» vor, den der Vorsitzende der KPI, Enrico Berlinguer seit geraumer Zeit vorschlägt. Er sieht darin die Koalition zwischen Kommunisten und Christdemokraten, die in friedlicher Eintracht Italien regieren sollten. Bislang hörte man allerdings von christdemokratischer Seite nur die totale Ablehnung, und noch deutlicher aus dem Vatikan. Der Einfluss des Vatikans auf die italienische Politik darf nicht unterschätzt werden. Ihm ist zweifelsohne die Entscheidung Fanfanis und der Mehrheit der Christdemokratischen Partei im Vorjahr zuzuschreiben, sich mit Pauken und Trompeten für das Volksbegehren einzusetzen, das zum Ziele hatte, das Gesetz über die Ehescheidung ausser Kraft zu setzen. Die Initiative endete mit einer im katholischen Italien kaum für möglich gehaltenen Niederlage. Jederman sieht in Italien das rückläufige Bild der katholischen Orthodoxie, gab es doch sogar

Priester, die sich gegen die Verankerung des kanonischen Rechts in der weltlichen Gesetzgebung aussprachen. Der Leiter der Zeitschrift «Civiltà Cattolica», der Jesuit Bartolomeo Sorge, hat sich kürzlich in einem vertraulichen Dokument, das von der Zeitschrift «L'Espresso» veröffentlicht wurde, sehr eingehend mit den Auflösungserscheinungen des «kulturellen Hinterlandes» der Democrazia Cristiana befasst. Eine der Hauptursachen sind vor allem die immer mehr von der katholischen Orthodoxie sich entfernenden Ausrichtungen katholischer Massenorganisationen, des «Werkvolks» (ACLI), der katholischen Aktion und nicht zuletzt des katholisch orientierten Gewerkschaftsverbandes CISL. Sorge fördert die Idee einer politischen Erneuerung der katholischen Gedankenwelt, möglicherweise in einer neuen katholisch orientierten aber mehr nach links tendierenden Partei, die den Kontakt zu den breiten Volksmassen wiederfände. Natürlich ist das eine Utopie. Die «linke Democrazia Cristiana» gibt es ja bereits. Und ihre linke Tendenz findet stets eine unübersteigbare Barriere in der konservativen Grundhaltung der Gesamtpartei. Sie ist, nicht zuletzt, in der Religion begründet, die in eine hierarchische Ordnung einmündet. In ihrem Bereich gibt es Schäflein und Hirten, keine tatsächliche Gleichberechtigung. Daher auch die Lockerung der religiösen und politischen Bindungen innerhalb der katholischen Massenorganisationen.

Eine völlig andere Frage ist die der Position der Sozialistischen Partei, die in den Wahlen auch, wenn auch weniger, gewonnen hat. Sie löste sich offiziell von der alten Linke-Mitte-Idee, die im Laufe der Jahre durch die konservativen Widerstände gegen jegliche fortschrittliche Massnahmen oder gar Reformen war. Daher gab es keinerlei Widerstände innerhalb der Partei, als ihr Vorsitzender de Martino erklärte, man müsse die Vorbehalte gegenüber der KPI aufgeben, wenn auch keine Volksfrontpolitik betreiben. Erleichtert wurde dies durch die vorsichtige Taktik der Kommunisten, die derzeit keinerlei totalitäre Neigungen an den Tag legen. Eine gemeinsame Erklärung der beiden Vorsitzenden, de Martino und Berlinguer, zu Portugal, illustriert anschaulich das Verhältnis der beiden Parteien. Zwar wird gemeinsam erklärt, Sozialisten und Kommunisten in Portugal sollten zu gemeinsamem Handeln kommen, aber auch unterstrichen, dass es grundsätzlich und keineswegs geringe Meinungsverschiedenheiten über die Ereignisse in Portugal gebe. Dies wird es sicherlich auch in den Gemeinden, Provinzen oder Regionen geben, in denen sich eine Linkskoalition gebildet hat.